

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Quartal 2,00 Mk. Einzelhefte 10 Pf. In den Bezugsstellen sind die Preise für den Postversand zu verstehen. Die Redaktion ist an der Adresse: Wilsdruff, Postfach 2640. Die Druckerei ist an der Adresse: Wilsdruff, Postfach 2640. Die Redaktion ist an der Adresse: Wilsdruff, Postfach 2640.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Quartal 2,00 Mk. Einzelhefte 10 Pf. In den Bezugsstellen sind die Preise für den Postversand zu verstehen. Die Redaktion ist an der Adresse: Wilsdruff, Postfach 2640. Die Druckerei ist an der Adresse: Wilsdruff, Postfach 2640. Die Redaktion ist an der Adresse: Wilsdruff, Postfach 2640.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißn, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 29 — 94. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 4. Februar 1935

Deutliche Sprache.

Laval, zur Zeit Frankreichs Außenminister, ist vor vier Jahren auch schon einmal nach London zu einer Konferenz mit den Engländern gefahren. Auch damals sollte eine Befriedung Europas herbeigeführt werden, zwar nicht eine politische, wohl aber eine wirtschaftlich-finanzielle. Denn der amerikanische Präsident Hoover hatte sein „Schuldenfesterjahr“ vorgeschlagen, das vor allem Deutschland für einige Zeit von der überhöhten Last seiner Tributzahlungen befreien sollte. Aber es ist nichts Rechtes daraus geworden; die französische Regierung, an deren Spitze damals Laval selbst stand, ist mit derartig vielen Einwänden, Bedenken und Gegenvorschlägen gekommen, daß die wirtschaftliche Seite der ganzen Sache wirkungslos blieb. Die dann sehr bald eintretende nächste Folge war der Sturz des englischen Königs von seinem stolzen, jahrhundertalten Thron und ein Angriff auch auf die Dollarwährung, der nur mühsam abgewehrt werden konnte. Und Laval war vorher noch extra nach Washington gefahren! Schließlich ist auch sein Besuch in Berlin ohne jeden praktischen Wert für die Befriedung des deutsch-französischen Verhältnisses geblieben; was er zurückließ, waren doch nur unverbindliche Phrasen, die mit den Wirklichkeiten seiner Politik in einem überaus peinlichen Gegensatz standen. Und die auch von seinen Nachfolgern schnell vergessen wurden, als nun, anderthalb Jahre später, das Ausland lernen mußte und erfuhr, daß die deutsche Außenpolitik aus dem Bereich der Phrasen herausgenommen und daß „man im Ausland ein deutsches Nein als ein Nein und ein deutsches Ja als ein Ja hinnehmen muß“, wie es der Reichsminister Dr. Goebbels auf dem Groß-Berliner Sonntag formulierte und feststellte!

Zu die Wirklichkeit der Dinge und Entwicklungen durch den Nebel der Phrasen hindurch ein- und vorzubringen, ist ja jetzt anlässlich dieser Londoner Konferenz und im Hinblick auf ihre Folgen besonders nötig, da es sich dabei auch wieder um die Verwirklichung eines vor mehr als zwei Jahren gegebenen Versprechens dreht: um die deutsche Gleichberechtigung in politischer und militärischer Hinsicht. Um eine Änderung des Auslands, daß „ein ohnmächtiges Land geradezu eine Einladung an die Welt ist, es zu überfallen“. Und in schärfster, absichtlich sich wiederholender Form schloß der Reichsminister Dr. Goebbels an jenen Satz die Erklärung, daß „unsere Entschlossenheit zur Erklärung der deutschen Gleichberechtigung unerlässlich ist“ und daß der Beitritt Deutschlands zu künftigen Vereinbarungen „in erster Linie davon abhängt, ob wir das nun können als souveränen und gleichberechtigten Staat“. Wir verlangen also eine tatsächliche Gleichberechtigung, die nicht mit moralischen Phrasen einvertet wird“. Das gelte auch entsprechend dem Versuch, Deutschland wieder nach Genf in den Völkerbund zurückzubringen; davon „könne für die Reichsregierung so lange keine Rede sein, als wir mit den anderen Nationen keine gleichen Rechte haben“. Man dürfe auch bei den Londoner Verhandlungen diese Worte des deutschen Ministers gehört haben. Sie sind deutlich genug, und die Politik der letzten zwei Jahre hat auch schon zur Genüge bewiesen, daß ein deutsches „Nein“ eben ein wirkliches „Nein“ bleibt.

Zweifellos ist die für London aufgetauchte Idee, einen europäischen „Generalpakt“ zu schaffen, aus der englischen Anschauung erwachsen, daß ein solcher Abschluß einen sehr viel größeren praktischen Wert hat als das vielgepöbelte, alles nur konstatierende Patissier des Franzosen. Er soll dieses „Regionalsystem“ französischer Erfindung zusammenfassen. Besonders da der deutsche Versuch, durch direkte Verhandlungen mit Frankreich zur Verständigung über unsere Sicherheits- und Gleichberechtigungsforderung zu gelangen, im April vorigen Jahres an der französischen Erklärung gescheitert ist, eine solche Verständigung mit Deutschland sei „unmöglich“. Damit war die ganze Abrüstungsfrage als erledigt hingestellt, und am Tage darauf begann ganz offiziell das allgemeine Wettrennen der großen Weltmächte. Kurz vor seiner Reise nach London hat nun aber — es war bestellte Arbeit — der französische Außenminister Laval in der französischen Kammer es univiersprochen gelassen, als dort der alte Deutscherfresser und frühere Völkerbundsdelegierte Franklin-Bouillon äußerte, auch die jetzige Regierung Frankreichs halte an jener französischen Note vom 17. April 1934, d. h. an dem ablehnenden Standpunkt gegenüber Deutschlands Verständigungsvorschlägen, fest. Besonders reichlich an der Rede dieses politischen Giftschüßlers war übrigens die Behauptung, in Deutschland werde die Jugend zum Haß auf England erzogen! Man darf da vielleicht den Goethe zitieren: „Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!“

Ob eine ähnliche Methode auch in London eingehalten wurde, kann erst die nächste Zukunft zeigen. Vielleicht aber hat man sich dort entschlossen, einzusehen und auch dementsprechend zu verfahren, daß „das deutsche Volk den Frieden, aber auch sein Lebensrecht will“, daß

Das Londoner Angebot an Deutschland Die englisch-französische Einigung.

Die englisch-französische Konferenz wurde am Sonntagmittag um 5.30 Uhr MEZ in Abwesenheit des Ministerpräsidenten Chamberlain, der noch in Farham war mit Neville Chamberlain und Runciman über Wirtschaft und Finanzfragen verhandelt, wieder aufgenommen und bereits um 6.45 Uhr endgültig beendet.

Vor der Wiederaufnahme der formalen Verhandlungen am Sonntagmittag herrschte in den an der Londoner Konferenz beteiligten oder interessierten Kreisen ein fieberhafte Tätigkeit. Die Aussprache zwischen Laval und dem italienischen Vorkonferenzenpräsidenten Graudi, die um die Mittagsstunde stattfand, dauerte fast eine Stunde. Die Vorkonferenz Graudi war eine logische Folge der zwischen England und Frankreich bisher erzielten Abmachungen und es war bereits am Sonnabend mitgeteilt worden, daß die in der Hauptsache hieran interessierten Regierungen um Stellungnahme und Rückführungen gebeten werden würden. In englischen Kreisen wird angenommen, daß die Unterredung zwischen Laval und Graudi ein wesentlichen Teil der Erörterung des geplanten Luftfahrtabkommens sowie den Rückwirkungen der getroffenen Vereinbarungen auf die römischen Pakte gezeitmet war.

Die amtliche Verlautbarung

Folgende amtliche Mitteilung wurde über die beendeten englisch-französischen Besprechungen veröffentlicht:

Der Zweck der in London erfolgten Zusammenarbeit zwischen den britischen und französischen Ministern war, den Frieden der Welt durch engere Zusammenarbeit in einem Geist freundschaftlichen Vertrauens zu fördern und die Bedingungen zu beseitigen, die, wenn ihnen nicht Einhalt geboten wird, dazu angetan sind, zu einem Waffengang zu führen und die Kriegsgefahren zu vermehren. Mit diesem Ziel haben sich die britischen und die französischen Minister an eine Prüfung der allgemeinen Lage gemacht. Sie nahmen die besonders wichtige Rolle zur Kenntnis, die von dem Völkerbund bei den künftigen Regelungen gewisser internationaler Probleme gespielt worden ist, und begrüßten die erfolgreichen Ergebnisse als Beweis des verhältnismäßigen Geistes aller der Regierungen, die an diesen Regelungen teilnehmen. Sie erklärten ihre Entschlossenheit, sowohl mit Bezug auf die Probleme ihrer eigenen Länder, als auch die des Völkerbundes, eine Politik zu verfolgen, die von denselben Methoden der Beförderung und der Zusammenarbeit eingegeben ist.

Mit Bezug auf die vor kurzem in Rom erzielten französisch-italienischen Vereinbarungen haben die britischen Minister im Namen der britischen Regierung herzlich die Erklärung begrüßt, durch die die französische und die italienische Regierung ihre Absicht erklärt haben, die traditionelle Freundschaft zu entwickeln, die die beiden Nationen vereint, und haben die britische Regierung mit der Absicht der französischen und der italienischen Regierung assoziiert, in einem Geist gegenseitigen Vertrauens in der Aufrechterhaltung allgemeinen Friedens zusammenzuwirken.

Die britischen Minister haben die Glückwünsche der britischen Regierung zum Abschluß des Abkommens von Rom über Mitteleuropa ausgedrückt und haben festgehalten, daß als eine Folge der Erklärungen, die von der britischen Regierung im Zusammenhang mit den Vereinbarungen Frankreichs und Italiens am 17. Februar und am 27. September letzten Jahres abgegeben worden sind, die britische Regierung sich als unter den Mächten befindlich betrachtet, die, wie dies in dem Abkommen von Rom vorgesehen ist, gemeinsam beraten werden, wenn die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs bedroht werden.

Die britischen und französischen Minister hoffen, daß der ermutigende Fortschritt, der so erzielt worden ist, jetzt mittels der direkten und wirksamen Mitarbeit Deutschlands fortgesetzt wird. Sie stimmen überein, daß weder Deutschland noch irgendeine andere Macht, deren Aktionen durch die Friedensverträge bestimmt worden sind, berechtigt ist, durch einseitige Aktion diese Verpflichtungen abzuändern. Aber sie stimmen weiter darin überein, daß nichts zur Wiederherstellung des Vertrauens und der Aussichten des Friedens unter den Nationen mehr beitragen würde, als eine allgemeine Regelung, die frei zwischen Deutschland und den anderen Mächten abgeschlossen wird.

„Das deutsche Volk entschlossen ist, selbst durch Opfer seinen Beitrag zum europäischen Frieden und zu einer neuen europäischen Ordnung beizusteuern, — daß es aber eben so entschlossen ist, seine Gleichberechtigung zu erkämpfen.“

Diese allgemeine Regelung würde Vorzüge für die Organisation der Sicherheit in Europa treffen, insbesondere mittels des Abschlusses von Pakten, die frei zwischen allen interessierten Parteien abgeschlossen werden und gegenseitige Unterstützung in Ost- und Westeuropa und das System sicherstellen, das in dem Prozedural von Rom für Mitteleuropa angeordnet ist.

Ingleich und in Übereinstimmung mit den Bedingungen der Erklärung vom 11. Dezember 1932 bezüglich Gleichberechtigung in einem System der Sicherheit würde diese Regelung Vereinbarungen über Abstützungen in allgemeinen herstellen,

die im Falle Deutschlands die Bestimmungen des Artikels V des Vertrages von Versailles, die augenblicklich die Abstützungen und bewaffneten Streitkräfte Deutschlands beschränken, ersetzen würden.

Es würde auch ein Teil der allgemeinen Regelung sein, daß Deutschland seinen Platz im Völkerbund zwecks aktiver Mitgliedschaft wieder einnimmt. Die französische Regierung und die Regierung des Vereinigten Königreiches hoffen, daß die anderen in Betracht kommenden Regierungen diese Ansichten teilen.

Im Verlauf dieser Zusammenkünfte haben die britischen und französischen Minister unter dem Eindruck der besonderen Gefahren für den Frieden, die durch moderne Entwicklungen in der Luft geschaffen worden sind und deren Mißbrauch zu plötzlichen Luftangriffen eines Landes auf das andere führen können, die Möglichkeit erwogen, Vorzüge gegen diese Gefahren durch eine gegenseitige regionale Vereinbarung zwischen gewissen Mächten zu treffen.

Es wird vorgeschlagen, daß die Unterzeichner sich verpflichten, unverzüglich die Unterzeichnung ihrer Luftstreitkräfte jedem unter ihnen zu gewähren, oder das Opfer eines nicht herausgeforderten Luftangriffes von Seiten einer der vertragsschließenden Parteien ist.

Die britischen und französischen Minister befanden sich im Namen ihrer Regierungen in Übereinstimmung darüber, daß eine gegenseitige Vereinbarung dieser Art für Westeuropa in weitem Maß dazu beitragen würde, als ein Abschreckungsmittel vor Angriffen zu wirken und Schutz vor plötzlichen Angriffen aus der Luft sicherzustellen. Sie haben beschlossen, Italien, Deutschland und Belgien einzuladen, mit ihnen zu erwägen, ob eine solche Konvention rasch abgeschlossen werden kann. Sie wünschen ernstlich, daß alle in Betracht kommenden Länder anerkennen, daß der Zweck dieses Vorschlages ist, den Frieden zu stärken — das einzige Ziel, das von den beiden Regierungen verfolgt wird.

Die Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreiches erklären sich bereit, ihre Beratungen ohne Verzug wieder aufzunehmen, nachdem sie die Antworten der anderen interessierten Mächte erhalten haben.

Eine Botschaft des Stellvertreters des Führers an die deutschen Techniker.

Die technischen Organisationen des Gau's Düsseldorf veranstalteten in Düsseldorf einen „Tag der Technik“. In der Kundgebung in der Rheinlandhalle verlas Pa. Reinhold eine Botschaft, die der Beauftragte des Führers zur Zusammenfassung der deutschen Technik, Dr. Loh, im Auftrage des Stellvertreters des Führers Rudolf Hess, hatte übermitteln lassen. In der Botschaft an die deutschen Techniker heißt es:

Die deutsche Technik ist in erster Linie berufen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, Rohstoffknappheit zu verhindern und dem deutschen Volk Brot zu verschaffen. Sie muß aber zu diesem Zweck Kraft zusammenschließen und zielstrebig auf das Staatswohl gerichtet werden. Der deutsche Techniker aber als Träger der deutschen Erfindungsgabe und als Verwalter des deutschen Geistesgutes muß heraus aus seiner einseitigen Gebundenheit und muß erkennen, daß die hohe Aufgabe, die ihm gestellt ist, nicht nur besteht im Berechnen, Erfinden und Konstruieren, sondern daß seine schöpferische Begabung ihn auch verpflichtet, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Er muß wissen, daß er die Schuldigkeit hat, die von ihm gemachten Erfindungen auf ihrem Weg zu begleiten und zu prüfen, ob sie seinem Volk und seinem Lande nützen. Auf diese Weise wird er erreichen, daß die Technik die Nation erringt, die ihr als teilweiser Geschäftsinhaber des öffentlichen Lebens zukommt.